

Aufruf zur Einsetzung einer/s UN-Sonderberichterstatters/in zu Demokratie

Untersuchungen des weltweiten Zustands der Demokratie und der Menschenrechte kommen zu dem Schluss, dass die Demokratie bedroht und Autoritarismus auf dem Vormarsch ist. Bürgerliche Freiräume und Freiheiten sind in vielen Ländern stark und zunehmend eingeschränkt. Darüber hinaus kommt es in allen Regionen sowohl in neueren als auch in lang etablierten Demokratien zu demokratischen Rückschritten oder einem Rückgang der Qualität der Demokratie.

In dieser Situation müssen die Vereinten Nationen mehr tun, um Menschenrechte und Demokratie zu stärken. Die unterzeichnenden Organisationen und Einzelpersonen fordern daher die Schaffung eines neuen Mandats durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen: des einer/s UN-Sonderberichterstatters/in für Demokratie (UN Special Rapporteur on Democracy, UNRoD).

Der Schutz der Menschenrechte ist ein Grundpfeiler der UNO, und die Demokratie ist einer ihrer zentralen Werte. Die einleitenden Worte der UN-Charta, "Wir, die Völker", implizieren Unterstützung der Demokratie. Sie unterstreichen den zentralen demokratischen Grundsatz, dass die Ausübung öffentlicher Gewalt auf dem Willen des Volkes beruhen muss.

Eine demokratische Gesellschaft bietet die besten Voraussetzungen für die Gewährleistung der Menschenrechte für alle, insbesondere für Minderheiten und ausgegrenzte Gruppen. Gleichzeitig ist die vollständige Umsetzung der Menschenrechte eine Grundlage für eine demokratische Gesellschaft. Die Vereinten Nationen müssen den Zusammenhang zwischen Demokratie und Menschenrechten anerkennen und zur weiteren Stärkung demokratischer Staatsführung beitragen. Ein UN-Sonderberichterstatter für Demokratie wird diesem Zweck dienen.

Das neue Mandat wird sich auf die Grundsätze stützen, die die Vereinten Nationen in früheren und aktuellen Resolutionen und Instrumenten verankert haben, darunter die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966 und die Wiener Erklärung der Weltkonferenz über Menschenrechte von 1993.

Der/die Berichterstatter/in hätte den Auftrag, den Zustand der Demokratie in der Welt aus einer breiteren Perspektive zu untersuchen, die über die Analysen und Daten zu spezifischen Themen hinausgeht, die im Rahmen der vom Menschenrechtsrat eingerichteten Mandate bereits untersucht werden. Dies bedeutet eine Ergänzung und Verknüpfung insbesondere derjenigen Mandate, die sich mit demokratischen Rechten befassen, etwa zu Meinungs- und Redefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Unabhängigkeit von Richter/innen und Anwälte/innen, Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Minderheitenfragen sowie Menschenrechtsverteidiger/innen.

Das Mandat würde Herausforderungen und Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Realisierung von Demokratie untersuchen. Dazu gehören unter anderem verfassungsrechtliche und institutionelle Regelungen wie gegenseitige Kontrolle durch Gewaltenteilung; Effizienz der Parlamente; freie, faire und kompetitive Wahlen und Wahlbedingungen; politische Teilhabe, insbesondere von Minderheiten und Frauen; direkte und partizipative Mechanismen; sowie bürgerliche Freiräume und Freiheiten.

Der/die Berichterstatter/in wird mit Unterstützung eines unabhängigen Beirats Informationen, Daten und Beweise sammeln, verwalten und bewerten sowie Forschungsarbeiten durchführen und auswerten. Der/die Mandatsträger/in wird gegebenenfalls mit den Mitgliedstaaten, anderen Berichterstatter/innen, relevanten Interessengruppen und der Öffentlichkeit zusammenarbeiten. Insbesondere wird sich der/die Berichterstatter/in um Beiträge von Bürger/innen und zivilgesellschaftlichen Gruppen bemühen und dabei die entscheidende Rolle der Zivilgesellschaft bei der Stärkung und dem Schutz der Demokratie anerkennen. Der/die Berichterstatter/in wird Beobachtungen zu Schwächen, aber auch zu vorbildlichen Praktiken machen und Empfehlungen für Verbesserungen aussprechen, wodurch das Mandat unter anderem eine wichtige Aufsichtsfunktion erfüllt.

Anlässlich des 75. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des 30. Jahrestages der Wiener Erklärung rufen wir alle Regierungen, die sich der Demokratie verpflichtet fühlen, auf, die Einrichtung dieses neuen Mandats unter der Schirmherrschaft des Menschenrechtsrates zu unterstützen. Wir rufen gleichgesinnte Organisationen, politische Entscheidungsträger/innen und Einzelpersonen auf, sich unserer Sache anzuschließen und diesen Appell zu unterstützen.



Dies ist eine deutsche Übersetzung des englischen Originals. Die Erklärung und eine Liste der institutionellen und individuellen Unterzeichner/innen werden vor dem 75. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember 2023 veröffentlicht. Zu den institutionellen Erstunterzeichnern gehören Asia Democracy Network, Citizens for Global Solutions, CIVICUS, Democracy International, Democracy Without Borders, European Partnership for Democracy, Gesellschaft für bedrohte Völker, Open Society Foundations, Parliamentarians for Global Action und Varieties of Democracy (V-Dem).

Online-Formular zum Unterzeichnen:

<https://www.democracywithoutborders.org/unrod-call/>

